



# Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft

Nationales Forschungsprogramm NFP 58

Summary Sheet 10

## IDENTITÄTSKARTE

**Konflikte um sichtbare  
Kennzeichen religiöser  
Identität – Teilprojekt  
religiöse Bauten**

### Leitung

Prof. Dr. Dorothea Lüddeckens, Universität Zürich  
Prof. Dr. Christoph Uehlinger, Universität Zürich  
Dr. Rafael Walthert, Universität Zürich

### Mitarbeit

Jacqueline Grigo, Annegret Kestler, Vanessa Meier, Oliver Wäckerlig

### Weitere Informationen

[www.nfp58.ch](http://www.nfp58.ch) → Projekte → Religion, Medien und Politik

## ÜBERBLICK

# Konflikte um religiöse Bauten sind auf der lokalen Ebene zu lösen

**Viele Schweizerinnen und Schweizer sehen Bauten religiöser Minderheiten als Zeichen für mangelnde Integration. Dabei wollen die Bauprojektanten damit gerade ihrer Integration in der Schweiz Ausdruck verleihen. Nicht alle religiösen Bauvorhaben erzeugen aber gleichermassen Widerstand. Buddhistische Bauten etwa stossen eher auf Wohlwollen, während islamische Bauvorhaben Konflikte auslösen. Die Medien tragen ihren Teil zu den Konflikten bei, indem sie ihnen viel Platz einräumen. Zu lösen sind diese Konflikte gemäss den Forschenden des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58) vorab auf der lokalen Ebene und im Rahmen regulärer Rechtsverfahren.**

Bauten religiöser Minderheiten stossen in der Schweiz immer wieder auf Widerstand. Viele Schweizerinnen und Schweizer sehen in ihnen ein Zeichen dafür, dass sich eine Gruppe nicht integrieren will und extremistisch ist. Die Initianten aber wollen mit ihrem Bauprojekt gerade ausdrücken, dass sie ein Teil der Schweizer Gesellschaft sind und sich Anerkennung wünschen. Zu diesem Ergebnis kommen Forschende des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58).

### **Gegen Minarette, für buddhistische Tempel**

Mit der Errichtung religiöser Bauten signalisiert eine religiöse Minderheit, dass sie längerfristig in der Schweiz bleiben und gleichzeitig ihre religiöse Identität bewahren möchte. Das führt bei muslimischen und serbisch-orthodoxen Bauvorhaben zu Konflikten (siehe Tabelle). Dass dies nicht zwingend so sein muss, zeigt beispielsweise das buddhistische Kloster in Gretzenbach, das ohne Opposition gebaut werden konnte und für die Leute aus der Region sogar zu einem exotischen Ausflugsziel geworden ist.

Ein Grund dafür, dass die Schweizer Öffentlichkeit muslimischen Bauprojekten besonders kritisch gegenübersteht, sind die negativen Schlagzeilen in den Medien, die den Islam immer wieder mit Extremismus und Terrorismus in Verbindung bringen. Darüber hinaus sind die Musliminnen und Muslime schweizweit wenig organisiert und konnten deshalb beispielsweise im Minarettstreit der Minarettgegnerschaft nicht geeint entgegnetreten (siehe Kasten).

### **Diskriminierende Massenmedien**

Religiöse Konflikte sind ein attraktives Thema für Massenmedien. Den religiösen Minderheiten fehlen aber oft die Kompetenzen, um sich in den Massenmedien Gehör zu verschaffen. Ausserdem lassen besonders lokale Medien lokal gut verankerte Personen eher zu Wort kommen. Solche Kontakte fehlten beispielsweise den Bauherren von Wangen (siehe Kasten).

Massenmedien können religiöse Konflikte verstärken, indem sie einfachen Erklärungen und populis-

tischen Argumenten den Vorzug geben. So konnten sich im Schweizer Minarettstreit die Gegner der Minarett-Initiative, die sich auf das eher abstrakte Prinzip der Religionsfreiheit beriefen, nicht gegen die Befürworter der Initiative durchsetzen, die das Feindbild Islam ins Feld führten (siehe Kasten).

Anders als die massenmediale Berichterstattung bietet das Rechtssystem den religiösen Minderheiten in der Schweiz gute Voraussetzungen. Auf dem Rechtsweg können die Träger von Bauprojekten ihr Anliegen zumindest angemessen darstellen und damit rechnen, dass ihr Vorhaben vorurteilslos beurteilt wird. So konnten auch die Bau-

herren von Wangen ihr geplantes Minarett bis vor Bundesgericht erfolgreich gegen Einsprachen verteidigen (siehe Kasten).

### Empfehlung an die Politik

Um religiösen Konflikten rechtzeitig zu begegnen, empfehlen die Forschenden, bereits auf der lokalen Ebene einzugreifen. Ihre Untersuchung hat gezeigt, dass es dort einfacher ist, alle betroffenen Parteien in Gespräche einzubeziehen und eine einvernehmliche Lösung zu finden. Zu diesem Zweck sollen lokale Behörden Vermittlungspersonen einsetzen, die sowohl die jeweilige religiöse Gemeinschaft als auch den schweizerischen Kontext gut kennen.

### Verlauf ausgewählter religiöser Bauprojekte in der Schweiz

Bauprojekt	Ort	Verlauf	Resultat
Serbisch-Orthodoxe Kirche	Belp BE	Opposition auf lokaler Ebene 2008 Baubeginn 2009 Segnung/Inbetriebnahme	Gebaut
Tamilisch-Hinduistischer Tempel	Belp BE	2007 Opposition auf lokaler Ebene Kein Baugesuch eingereicht	Nicht gebaut
Thai-Buddhistisches Kloster und Wat	Gretzenbach SO	Keine Opposition 1994 Grundsteinlegung 2000 Offizieller Spatenstich für Haupttempel 2003 Einweihung des Haupttempels	Gebaut
Gurdwara der Sikh-Gemeinschaft	Langenthal BE	Keine Opposition 2001 Grundsteinlegung 2006 Einweihung	Gebaut
Minarett und Kuppel auf islamischem Vereinslokal	Langenthal BE	Opposition auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene 2006 Veröffentlichung des Baugesuchs	Verfahren hängig
Minarett auf türkischem Vereinslokal	Wangen bei Olten SO	Opposition auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene 2005 Veröffentlichung des Baugesuchs 2009 Errichtung des Minaretts	Gebaut

### Vom Wangener Minarettstreit zur Schweizer Minarett-Initiative

In Wangen bei Olten provozierte ein geplantes Minarett Anfang 2006 den Widerstand der Bevölkerung. Die lokalen Behörden lehnten das Minarettbaugesuch daraufhin ab. Der Türkisch-kulturelle Verein Olten rekurierte gegen diesen Entscheid und das kantonale Bau- und Justizdepartement gab ihm Recht. Auch das kantonale Verwaltungsgericht und schliesslich das Schweizer Bundesgericht wiesen die Beschwerden der Wangener Anwohner ab.

Die Diskrepanz zwischen der rechtlichen Entscheidung und der lokalen öffentlichen Meinung mobilisierte die Minarettgegnerschaft in der ganzen Schweiz. Am 29. November 2009 hat das Schweizer Stimmvolk schliesslich die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» (kurz: Minarett-Initiative) wider alle Erwartungen angenommen. Die Initiative untersagt den Bau von Minaretten in der Schweiz.